



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die stuttgarter Versammlung am 3. und 4. August.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

barere und complicirtere gewesen als z. B. die der Bearbeiter der Geschichte Italiens, Oesterreichs oder der Türkei, da es sich in der neueren englischen Geschichte eigentlich gar nicht um „Ereignisse“, sondern fast ausschließlich um einzelne Resultate eines mühsam vorrückenden inneren Processes handelt, die sich nicht klar übersehen, nicht endgiltig beurtheilen lassen, weil er noch bei keinem entscheidenden Punkt angelangt ist. Das Detail dieser Entwicklung ist häufig trocken und unverdaulich und doch kann es nicht übergangen werden seit Gneists berühmtes Werk über die Verfassung und Verwaltung Englands die Ansprüche der deutschen Lesewelt an jedes Buch über die Zustände des Inselstaats erhöht, das deutsche Interesse auf zahlreiche Gebiete britischen Lebens gerichtet hat, von denen uns bisher jede genauere Kunde gefehlt hatte. Bei der ungeheuren Bedeutung endlich, welche England für die Geschichte des Parlamentarismus hat, ist jede Beurtheilung der neueren Entwicklung dieses Staats zugleich ein Urtheil über das gesammte parlamentarische System und als solches einer schärferen und aufmerksameren Controle ausgesetzt, als alles, was über einen andern europäischen Staat — vielleicht Preußen allein ausgenommen, gesagt werden könnte. Von diesem Gesichtspunkt aus verdient der vorliegende zweite Band des paulischen Buchs die Aufmerksamkeit der Lesewelt in ganz besonderem Maß, denn gerade diesem Schwerpunkt seiner Aufgabe ist er, wie uns scheint, gerecht geworden.

Die stuttgarter Versammlung am 3. und 4. August.

Aus Schwaben, 10. August.

Als im Herbst vorigen Jahres die Friedensverträge abgeschlossen waren, deren Wortlaut den Süden vom Norden trennte, lag es nahe, daß die Männer der nationalen Partei in den vier süddeutschen Staaten zusammentraten, um sich über die Aufgaben zu verständigen, die ihnen durch die neue Lage gestellt waren. Am 14. Oct. v. J. fand zu diesem Zweck in Stuttgart eine Versammlung von Abgeordneten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen statt. Die Sache wurde damals sehr vertraulich behandelt, man vermied alles, was wie die Organisation einer süddeutschen nationalen Partei aussah, selbst das Resultat der Besprechungen wurde nicht der Oeffentlichkeit anvertraut. Man hatte nämlich Ursache in jenem Stadium alles zu vermeiden, was entfernt wie die Einleitung zu einem Südbund aussah, und unter diesem Gesichtspunkt erschien beinahe selbst ein Bund zur Verhinderung des Bundes nicht unbedenklich, wie ja noch

später die Stuttgarter Conferenzen, die unter den Auspicien des Fürsten Hohenlohe gehalten wurden, einiges Mißtrauen herausforderten.

Solche Bedenken sind nun freilich seitdem überflüssig geworden. Der Südbund ist keine gefährliche Idee mehr, und weder die Denkschrift der Häupter der süddeutschen Volkspartei, noch die Intriguen der französischen Diplomatie, welche beide noch nicht aufgehört haben, einen wenig schmeichelhaften, übrigens unbegründeten Reiz von Vertrauen auf den bayrischen Ministerpräsidenten zu hegen, werden im Stande sein, jene Idee auf die Beine zu bringen. Allein wenn auch diese Anschläge gefährlicher wären, als sie es sind, so wäre es nur natürlich, wenn auch die nationale Partei im Süden gemeinsam zur Abwehr sich rüstete. In jedem Fall kann ihr gemeinschaftliches Vorgehen heute keiner Mißdeutung mehr ausgesetzt sein, auch der boshafteste Gegner vermag daraus kein Capital für den Südbund zu schlagen.

Es war im jetzigen Augenblick aller Grund vorhanden, jene Versammlung zu wiederholen, und zwar auf einer breitem Basis zu wiederholen. Die norddeutsche Bundesverfassung ist in Kraft getreten, durch sie und durch die Verträge vom August v. J. über die Schutz- und Trugbündnisse und vom Juni d. J. über die Wiederherstellung des Zollvereins ist das Verhältniß des Südens zum Norden zu einem vorläufigen Abschluß gekommen, es ist damit die Grundlage der weiteren Arbeit gegeben, und es sind zugleich sehr erkennbar die Anhaltspunkte, die Handhaben gegeben, dieses Verhältniß einer noch weiteren Entwicklung entgegenzuführen. Mit lebhafter Befriedigung konnte man auf den Gang der Dinge seit Jahresfrist zurückblicken, und indem man jetzt auch das Protokoll der vorjährigen Versammlung veröffentlichte, lag darin zugleich eine Rechtfertigung der damals ausgesprochenen Grundsätze. Die meisten der Forderungen, die damals als unerläßlich bezeichnet waren, sind erfüllt, und zwar zum Theil von widerstrebenden Regierungen erfüllt. Der Abschluß eines Allianzverhältnisses mit der Uebertragung des Oberbefehls an Preußen war schon zu jener Zeit vollendete Thatsache und ist seitdem aus dem diplomatischen Dunkel ans Tageslicht getreten. Die Umänderung der Heereseinrichtungen im Anschluß an das preußische System ist überall in Arbeit, wenn auch freilich nicht überall in demselben vorgerückten Stadium. Die Wiederherstellung des Zollvereins unter Abschaffung des liberum veto und mit parlamentarischer Theilnahme des Südens an der Gesetzgebung ist seitdem gleichfalls Thatsache geworden. So war ein Rückblick auf die damalige Versammlung zugleich die beste Vorbedeutung für die Beschlüsse, welche jetzt der neuen Lage gegenüber und in Verfolgung desselben Weges die Stuttgarter Versammlung am 3. und 4. August d. J. faßte.

Diese Beschlüsse sind aus den Zeitungen bekannt. Sie enthalten im Grunde nichts Neues. Es handelte sich nur um die Anwendung der bekannten Grundsätze auf die gegebene Lage. Sowohl über das Ziel selbst als über die Wege

zu demselben gab es keine erhebliche Meinungsverschiedenheit. Dennoch boten die zweitägigen Verhandlungen durch den Austausch der seither gemachten Erfahrungen, durch die Berichte über die Stimmungen in den einzelnen Ländern und durch die Motivirung, welche die einzelnen Sätze erhielten, ein lebhaftes Interesse dar.

Vor allem schien es geboten, der Erklärung einen Protest gegen jede Art von fremder Einmischung in unsre nationalen Angelegenheiten vorauszuschicken. Dazu forderte schon die Thatfache auf, daß die französische Diplomatie bis in die neueste Zeit an den süddeutschen Höfen gegen alle Anschlußbestrebungen zu arbeiten versucht. Man hat es von dieser Seite weder an Drohungen, noch an Forderungen fehlen lassen. Man hat auf die bedrohlichen Folgen einer Verletzung des prager Friedens hingewiesen, hat den Südbund in geneigte Erinnerung gebracht, hat einen Zollverein der süddeutschen Staaten, eventuell mit der Schweiz, angeregt, um so Süddeutschland definitiv vom Norden zu trennen. Diese Versuche scheinen noch nicht zur Ruhe gekommen zu sein, und ihnen parallel läuft das freilich noch ungefährlichere Treiben der particularistischen Parteien im Inlande, die stets a tempo und genau mit denselben Schlagworten operiren, die ihnen durch die französische Diplomatie an die Hand gegeben sind.

Ein Protest gegen fremde Einmischung richtet sich ebenso an das französische Volk als an die französische Regierung. Er ist berechnet, ein Gewicht in die Waagschale des Friedens zu legen. So lange man jenseit des Rheins in dem Wahn befangen ist, es handle sich bei der Einigung Deutschlands um einen Eroberungszug Preußens, um eine Vergewaltigung des Südens, so lange wird auch immer das Gelüste sich erneuern, sich der unterdrückten Völkerschaften anzunehmen. Ein Vorwand wenigstens der Einmischungsversuche wird hinfällig, wenn das Volk im Süden selbst aus freien Stücken kraft seiner Selbstbestimmung die Wiedervereinigung mit dem Norden verlangt und die Protection durch das Ausland sich verbittet. Es kann in Frankreich nicht ohne Eindruck bleiben, wenn man sich überzeugen muß, daß die versuchte Einmischung nicht ein Werk der Befreiung, sondern eine muthwillige Herausforderung, ein Werk der Unterdrückung freien Volkswillens wäre, und es heißt die Partei des Friedens in Frankreich stärken, sofern sie nämlich wirklich den Frieden will, wenn man sie über diesen Punkt nicht im Zweifel läßt. Jedenfalls ist dies eine wirksamere Unterstützung, als wenn man auch diesseits des Rheins müßige Unterschriften für sentimentale Friedensprogramme sammelt.

Auch die Bestimmungen des prager Friedens kamen in diesem Zusammenhange zur Sprache. Namentlich von Seite der Hessen, denen man in der darmstädtischen Kammer auf das Verlangen des Eintritts in den Nordbund das Vorgehaltene jenes Friedens vorgehalten hat. In schlagenden Ausführungen wurde gezeigt, daß die Errichtung eines Südbunds nur eine facultative Bestimmung

war, die an ihrer innern Unmöglichkeit gescheitert ist, und daß mit der Beseitigung des Südbundes auch alle Folgerungen hinfällig sind, die man daraus gegen die Verschmelzung des Südens mit dem Norden ableiten könnte. Da der Südbund nicht zu Stande gekommen ist, liegt eigentlich gar keine andere positive Bestimmung mehr vor, als die über die herzustellen „nationale Verbindung“ zwischen dem Süden und dem Norden, und diese Bestimmung ist noch einer reichen Entwicklung fähig, so lange nicht von Seite Oesterreichs ein förmlicher Protest, gestützt auf eine einseitige Auslegung des Vertrags vorliegt, ein Protest, der unmittelbar zum Krieg führen müßte.

In dieser Richtung liegen nun eben die Schutz- und Trugbündnisse und die Wiederherstellung des Zollvereins: beides wurde als der Anfang einer nationalen Gemeinschaft begrüßt und insbesondere ausgesprochen, daß die mit den Militärverträgen verbundenen Anstrengungen unerläßlich seien zur Sicherung der Unversehrtheit, Freiheit und Ehre des Vaterlandes. Allein sie sind auch nur ein Anfang, und indem die Bevölkerung sich den unvermeidlichen Lasten der erhöhten Militär- und Steuerpflicht unterzieht, verlangt sie zugleich an den Rechten, welche die norddeutsche Bundesverfassung gewährt, ihren vollen Antheil zu erhalten.

Hier lag nun eigentlich der Kern der Verhandlung. Man konnte sich nicht verbergen, daß die außerleaten Opfer im Augenblick die Stimmung beherrschen und die öffentliche Theilnahme am Einigungswerk erschweren. Die große Masse vergißt, daß die Opfer in keinem Falle erspart blieben, und daß für sie gerade in der vollzogenen Vereinigung mit dem norddeutschen Bund ein Ersatz liegt durch den Genuß der norddeutschen Verfassung. Und in diesem Widerstreben der Bevölkerung haben wieder die Regierungen einen Rückhalt für ihren Widerspruch gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund. Am günstigsten liegen die Dinge in Baden, wo Hof und Regierung einig mit der nationalen Partei gehen und wo nur eine größere Mühsigkeit von Seiten der Volkskreise zu wünschen wäre. In Hessen hat sich in erfreulichster Weise gezeigt, daß die Kammer, obwohl die Wahlen gegen die nationale Partei ausgefallen sind, dennoch durch die Logik der Thatfachen mit überwiegender Mehrheit zu einem Votum im Sinne des Anschlusses gedrängt wurde. Am meisten Widerstand ist noch in Württemberg zu überwinden, wo die Regierung zwar ihren übernommenen Verbindlichkeiten nachkommt, aber um so entschiedener jede weitere Forderung, die auf den Eintritt in den Bund gerichtet wäre, zurückweist, und wo andererseits die Schlagwörter und Agitationsmittel der Volkspartei allein noch ein dankbares wenn auch täglich sich verengendes Feld finden. Aber auch von Seite der Bayern wurde gewarnt, aus der Zusammensetzung der dortigen Kammer einen allzugünstigen Rückschluß auf die Stimmung der großen Massen zu machen, welche der Regierung des Fürsten Hohenlohe, abgesehen von den

Geminnissen, die diese in der Umgebung des Hofes findet, jedenfalls nur ein behutames Vorgehen gestattet.

Diese Schwierigkeiten also konnte man sich nicht verhehlen. Aber mit Recht wurde gesagt, daß die Lage nun doch eine ganz andere werde, wenn einmal die angesprochenen Opfer eine vollendete Thatsache geworden sind. Die bisherigen Verträge sind nicht eigentlich Abstraktionszahlungen auf die Einheit, sondern sie legen Lasten auf, ohne die entsprechenden Vortheile zu sichern. Nicht auch die nationale Partei ist die jetzige Lage geschaffen, deren Programm vielmehr die Ausdehnung der Bundesverfassung auch auf Süddeutschland ist, sondern durch die Regierungen, welche dem Anschluß an den Norden sich entgegenstemmen, während sie gleichzeitig dem Volke erhebliche Lasten auferlegen. Sind diese aber einmal unwiderstehliche Thatsache geworden, so wird das Volk sich der Einsicht nicht verschließen, daß nur der volle Antheil an den Rechten, welche die Bundesverfassung gewährt, mit den erhöhten Anforderungen an die Steuer- und Wehrkraft auszuwöhnen im Stande sind. Die Eröffnung eines gemeinsamen parlamentarischen Lebens, zunächst für die Zollangelegenheiten, ist der gegebene Weg, die gemeinschaftliche Gesetzgebung allmählig auch auf weitere Gebiete auszudehnen. Wie dies im Einzelnen zu erreichen sei, darüber entwirft man sich detaillirter Vorschläge. Aber man nannte als dringlichste Gegenstände die gemeinschaftliche Ordnung eines deutschen Bürgerrechts- und Gewerbrechts und verwies im Uebrigen auf den Artikel 4 der Verfassung, der bekanntlich den Umfang der Competenz der Bundesgesetzgebung bezeichnet.

Schon daraus ergibt sich, welche Stellung wir hier im Süden zur Bundesverfassung einnehmen. Wir sind nicht in der glücklichen Lage, unter dem Dache derselben geborgen müßige Kritik an ihr zu üben. Sie ist uns mit all ihren Unvollkommenheiten das einzige Mittel Nord- und Süddeutschland zu vereinigen, ein anderes Mittel muß von den Gegnern erst noch erkundet werden. Wir haben deswegen auch weder Zeit noch Lust, sie bis in ihre kleinsten Winkelchen mit Späheraugen zu durchsuchen, um auf Lücken und Mängel zu fahnden, die dann triumphirend hervorgezogen und unter das Vergrößerungsglas gelegt vor In- und Ausland ausgepfeift werden; wir haben um so weniger Lust dazu, als dieses Geschäft von den norddeutschen Brüdern mit ebenso großer Gründlichkeit als Freudigkeit bereits besorgt ist. Uns ist die ohne Zweifel weniger dankbare aber vielleicht nicht minder erspriessliche Aufgabe geworden, der süddeutschen Bevölkerung zu zeigen, welchen ungeheuren Fortschritt in der deutschen Entwicklung eine Verfassung bezeichnet, welche die deutschen Staaten nach außen zu einer politischen und militärischen, im Innern zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenfaßt, die für alle gemeinsamen Fragen eine parlamentarische Gesetzgebung begründet, die mit einem Wort den organischen Willen der Nation darstellt und als Correctiv für alle Schäden das allgemeine Stimmrecht besitzt. Auch wir sind nicht blind gegen die Lücken und Mängel dieser Verfassung, aber der Hauptmangel ist uns vorläufig der, daß sie nicht auch die süddeutschen Gebiete umfaßt. Ist sie theoretisch nicht eben ein Muster, wird sie an Vollständigkeit und Freisinnigkeit von manchen auf dem Papier existirenden Verfassungen übertroffen, so scheint uns immerhin eine wenn auch minder vollkommene Verfassung den Vorzug zu verdienen, die eben nicht bloß auf dem Papier existirt. Wir im Süden haben unsere Erfahrungen mit liberalen Verfassungen gemacht, und wir sollten meinen, auch das preussische Abgeordnetenhaus hat seine Erfahrungen mit der preussischen Verfassung gemacht, die im Grund nur ein einziges Mal zur Wahrheit wurde, nämlich damals, als das Abgeordnetenhaus der Regierung die Indemnität bewilligte. Auch der Süden steht nicht im Ruf, gleichgiltig gegen die Interessen der Freiheit zu sein und

die nationale Partei wird alle Gelegenheit haben, in den innern Angelegenheiten der süddeutschen Staaten ihren Freisinn zu bewähren. Aber wir erinnern uns auch des Wortes von Paul Pfizer, dem hiesigen Patrioten, dessen Andenken frisch vor die stuttgarter Versammlung trat, daß es „schöne Selbstsucht und Verblendung ist, die Nationalität der Freiheit, den Zweck dem Mittel aufzuopfern“, und „Freiheit zu begehren auf den Trümmern der Nationalität.“ Der Dienst für die Freiheit ist eine ununterbrochene Arbeit und sie kann nur gefördert werden durch die Mittel, welche die Bundesverfassung an die Hand giebt. Die Freiheit zu erobern, sagte der wackere Abgeordnete aus dem Allgäu, welcher den Vorsitz führte, ist einem tapferen Volk jederzeit möglich, nicht aber das Vaterland, wenn es einmal verloren ist.

Die stuttgarter Versammlung hat glücklicherweise weder Beruf noch Veranlassung gehabt, sich über den Streit der Fortschrittspartei und der National-liberalen in Preußen auszusprechen, aber die Resolutionen sprechen deutlich für sich selbst. Möglich, daß man die Achseln zuckt über die sonderbaren Schwärmer, die von „Rechten“ reden, welche die Bundesverfassung gewahrt, welche die Schmach freiwilliger Knechtschaft auf sich laden und den Eintritt in den freiheitsmörderischen Bund begehren. Wir unsererseits gestehen, daß uns eine Partei unverständlich ist, welche für die Wahlen die Parole ausgiebt, nur für solche Männer zu stimmen, die „im Sturm nicht wanken“, d. h., welche die Grundlege verläugnen, auf der sie für das nationale Werk zu wirken berufen sind. Ein weit einstärkeres Hinderniß als in den Mängeln der Verfassung erkannte die Versammlung in den Mißgriffen der preussischen Regierung, wie sie theils in der Behandlung der einverleibten Länder, theils in den kleinlichen Verfolgungen gegen Männer wie Twisten und Lasker zu Tag getreten sind. Das sind die Hindernisse, welche die preussische Regierung sich selbst in den Weg wirft, und durch welche sie sich die Erreichung ihrer Ziele dem In- wie dem Auslande gegenüber erschwert. Hoffentlich ist das jetzige Einlenken den annectirten Provinzen gegenüber aus richtiger Selbsterkenntnis hervorgegangen und bedeutet mehr, als ein bloßes Wahlmanöver. Es ist Zeit, daß Preußen den Beweis liefere, daß es nicht bloß mit den Waffen zu erobern, sondern das Gewonnene dauernd einzufügen verstehe. Es ist Zeit, daß der Glaube an die staatsbildende Kraft der preussischen Monarchie, daß das erschütterte Vertrauen in die Integrität der preussischen Gerichte wieder hergestellt werde. Davon nicht zum Mindesten wird es abhängen, ob die nationale Partei im Bunde mit ihrem in Stuttgart vereinbarten Programm siegen oder unterliegen wird, ob es der Meinungs Ausdruck einer Minderheit bleiben, oder die Bevölkerungen für sich gewinnen und der leitende Gedanke für die künftigen Parlamentswahlen sein wird.

Wie diese Wahlen dereinst ausfallen werden, läßt sich noch in keiner Weise voraussagen. Vorläufig steht noch Anderes im Vordergrund. Die süddeutschen Kammern haben die Bündniß- und die Zollvereinsverträge zu genehmigen, haben die Kriegsverrichtungen und die Steuererhöhungen zu beraten. Sie werden sich dabei die Gelegenheit zu retrospectiven Studien nicht entgehen lassen, manche Thräne wird der Vergangenheit nachgeweiht werden, mancher Seuzer für die Zukunft aufsteigen. Sind aber die verzeihlichen Thränen ausgeweint, so muß es sich zeigen, ob sie aus den Ereignissen des vorigen Jahres etwas gelernt haben, wie die Regierungen zu zeigen haben, wie es mit ihrer Ehrlichkeit beschaffen ist.

7.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Gerdart.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Pöthel & Wegler in Leipzig.